

TEAM K – EU-Manifest 2024

WIR SIND EUROPA



www.team-k.eu/de/europa

Die EU-Wahlen vom 8.-9. Juni 2024 sind ein Referendum zwischen PRO und CONTRA Europa. Du hast die Wahl: zwischen starker europäischer Zusammenarbeit und Solidarität oder Unsicherheit und Zerfall. Das TEAM K steht entschieden FÜR EUROPA. Europa ist unsere Heimat und unsere Zukunft.

Deshalb stellen wir uns dieser Wahl. Wir überlassen das Feld nicht den EU-Gegnern und ihren leeren Parolen, ohne einen konkreten Plan für die Zukunft. Wir sind dabei, trotz der großen Schwierigkeiten wegen eines Wahlgesetzes, welches es einer Landes-Bürgerliste wie uns schwer macht, überhaupt teilzunehmen.

Wir haben aus diesem Grund einen Partner, die italienische Liste „Azione“, eine sozial-liberale Partei wie wir es sind.

Das Team K ist bereits seit 2019 Mitglied von ALDE – renew europe, der drittstärksten Fraktion im EU-Parlament.

WARUM EUROPA?

Brüssel ist viel näher, als uns oft bewusst ist. Die wichtigsten Entscheidungen für die Zukunft Europas, und damit auch Südtirols, werden dort getroffen. Wenn du einkaufen gehst, den Stecker in die Steckdose steckst, mit dem Auto über den Brenner fährst, im Ausland eine Arbeit suchst: Jedes Mal hast du es mit europäischen Regeln zu tun. An diesen Regeln möchten wir mitschreiben, mit Hausverstand, mit Vorschlägen, und mit Kritik, wenn nötig. Immer mit dem Gedanken an Südtirol und seine Menschen.

Deshalb:

Mehr Südtirol in Europa!

Die EU braucht Reformen. Wir brauchen ein besseres Europa, aber sicher nicht weniger Europa. Mehr Demokratie und Partizipation, weniger Lobbyisten. Mehr Hausverstand, weniger Ideologie. Aber eines ist sicher:

Die Lösung der großen Herausforderungen der Zukunft kann nur europäisch sein.

Europa hat uns so viel gebracht und wird uns noch viel bringen.

Die Brennergrenze ist weg. Wir hatten 70 Jahre Frieden. Wir haben einen Wirtschaftsraum mit 450 Millionen Menschen, in dem wir, vor allem die Jungen, überall reisen, studieren und wohnen können.

Mit demselben Geld zahlen, demselben Handy telefonieren. Will wirklich jemand das alles aufs Spiel setzen und zurück ins vergangene Jahrhundert?

Es braucht ein Europa der Menschen, der Regionen, der Verantwortung für die nächsten Generationen.

Dafür müssen wir uns gemeinsam engagieren.

Das Team K kämpft für diese Ziele, für euch. Hier in Südtirol. Und morgen in Europa.

Für mehr Südtirol in Europa.

Unsere wichtigsten Anliegen:

1. Wir wollen eine EU mit mehr Blick auf die **lokalen Bedürfnisse** und weniger Detailverordnungen. Mit mehr **Hausverstand** und weniger Regulierungswut. Mit mehr **Pragmatismus und Technologie**, und weniger Ideologie.
2. Wir wollen eine EU, in der es möglich ist, in touristischen Regionen den **Wohnraum vor Ausverkauf** und Zweckentfremdung zu schützen. Wenn sich Situationen der Wohnungsnot oder des Mangels an leistbarem Wohnraum für die ansässige Bevölkerung ergeben, muss es möglich sein, auch diskriminierende oder den Binnenmarkt einschränkende Regeln einzuführen.
3. Wir wollen eine EU der **Bildungsfreiheit**. Dazu soll **Erasmus+** ausgebaut werden. Es muss möglich sein, in jedem Land der EU zu studieren und die Studientitel müssen automatisch in der gesamten EU anerkannt werden. Es braucht dazu eine Datenbank auf EU-Ebene, wo gemeinsame Ausbildungsstandards festgelegt und dokumentiert sind. Unbezahlte Praktika sollen abgeschafft werden, weil sie junge Menschen ausbeuten und soziale Ungleichheiten verstärken. Laut der Europäischen Kommission gibt es in der EU etwa 3,1 Millionen Praktikantinnen und Praktikanten, von denen über die Hälfte keine Bezahlung erhalten. Die Tatsache, dass fast vier von fünf jungen Menschen in Europa (78%) mindestens ein Praktikum absolviert haben, zeigt, dass

Praktika für viele der erste Schritt in die Berufswelt sind. Doch die Abhängigkeit von unbezahlten Praktika erschwert es Menschen aus weniger privilegierten Verhältnissen, an wertvolle Berufserfahrungen zu gelangen.

4. Wir wollen eine EU mit **klaren und strikten Regeln bei der Einwanderung** und keine unkontrollierte Ausnutzung unserer Sozialsysteme. Europa steht vor der Herausforderung, das Asylsystem zu reformieren und klare Standards für rechtsstaatliche Verfahren und menschenwürdige Aufnahme Standards zu schaffen. Neben einer gemeinsamen EU-Asylpolitik braucht es effektive Rückführungsabkommen und legale Fluchtrouten.

5. Wir wollen eine EU, wo Beschränkungen des **Gütertransits** zum Schutz der Gesundheit möglich sein müssen.

6. Wir wollen eine EU, die **Schlupflöcher** schließt, die es internationalen Großkonzernen ermöglichen, in Europa trotz Milliarden-Umsätzen kaum **Steuern** zu zahlen.

Weitere Punkte:

- Wir setzen uns für Maßnahmen zur Erhöhung der Wertschöpfung und Produktivität ein, sowie zur angemessenen Entschädigung der immateriellen Rechte der Bevölkerung.
- Die Wirtschaftspolitik muss die Bürokratie für die kleinen und mittleren Betriebe reduzieren. Dies gilt auch für die Landwirtschaftspolitik.
- Die EU-Fördergelder brauchen klare und einfache Regeln, die einen effizienten Einsatz der Mittel und eine unbürokratische Auszahlung ermöglichen.
- Der ökologische Wandel ist nicht nur notwendig, um den Planeten zu retten, sondern er stellt auch eine Chance für BürgerInnen und Unternehmen dar. Der „Green Deal“-Rahmen sollte reformiert werden. Die enthaltenen Ziele müssen konkret erreichbar sein. Einige der verabschiedeten Verordnungen (z. B. Green Homes oder Wasserstoff) sind finanziell nicht tragbar. Jede Maßnahme soll mit technologisch neutralen Analysen auf deren Wirkung geprüft werden, begleitet von einer klaren Angabe der Kosten und der Deckung. Dabei ist Klimaschutz global zu denken.
- Wir unterstützen eine CO₂ Bepreisung: Was für Natur schlecht ist, muss teurer sein. Dazu brauchen wir nicht Verbote, sondern Kostenwahrheit. Die kann durch eine CO₂ Tax erzielt werden. Der Klimaschutz darf nicht nur aus Einschränkungen zu Lasten der BürgerInnen bestehen, es braucht mehr Anreize und Technologie zur CO₂-Bindung dort, wo CO₂ produziert wird (carbon capture).
- Der EU-Klimasozialplan muss eindeutig besser finanziert werden, wenn der Green Deal umgesetzt wird. Ansonsten sind die Kosten sozial nicht verträglich und am Ende zahlt der Mittelstand.

- Der Energiemarkt muss im Sinne der Konsumentinnen und Konsumenten neu gedacht werden.
- Gentechnik soll möglich sein, aber mit Kennzeichnungspflicht und der Möglichkeit für einzelne Regionen, keinen OGM-Anbau zuzulassen.
- Tier-Lebendtransporte sollen eingeschränkt werden, und die Massentierhaltung soll nicht mehr gefördert werden.
- Digitale Inhalte und Medien müssen EU-weit ohne Einschränkungen nutzbar werden (kein Geoblocking).
- Der Einfluss der Lobbyisten in Brüssel muss begrenzt und die Transparenz erhöht werden.
- Es braucht eine europäische Verteidigungspolitik und ein gemeinsames Heer.
- Die EU – Institutionen müssen demokratischer werden: Das Modell der Spitzenkandidatur soll institutionalisiert werden. Der Kommissionspräsident soll vom Parlament designiert werden. Er benennt eigenständig seine Minister, und seine Regierung stellt sich anschließend dem Parlament für das Vertrauen. Das EU-Parlament muss mit Gesetzesinitiative ausgestattet werden. Zudem setzen wir uns für Reformen bei den Europawahlen ein. Zumindest ein Teil der Abgeordneten soll künftig durch Zweitstimmen über transnationale, gesamteuropäische Listen gewählt werden.
- Die EU braucht dringend mehr Handlungsfähigkeit, vor allem in der EU-Außenpolitik. Deshalb soll das Einstimmigkeitsprinzip abgeschafft werden, da es heute von einzelnen Mitgliedstaaten als Mittel zur Erpressung eingesetzt wird. Nur so drängen wir nationalstaatliche Interessen endgültig in den Hintergrund.

